

Genossen und Kollegen im Sachsenwerk und im Gebiet der Kesselsdorfer Straße führte zur Abgabe freiwilliger Selbstverpflichtungen gegen das Abhören des feindlichen Rundfunks. Mit der Parteileitung im Sachsenwerk wurden auch bestimmte Aufgaben zur Weiterführung des Kampfes gegen den feindlichen Rundfunk vereinbart, aber ihre Durchführung wurde nicht kontrolliert.

Die Parteileitungen überließen durch ihre mangelnde Beharrlichkeit die Weiterführung des Kampfes gegen die feindliche Rundfunkhetze einzelnen Genossen und parteilosen Kollegen, die bei der ideologischen Auseinandersetzung völlig auf sich allein gestellt waren. Das zeigt, daß die Notwendigkeit eines planmäßigen Kampfes gegen die feindliche Hetze von den Parteileitungen — selbst von der Landesleitung Sachsen — noch unterschätzt wird.

Entscheidend ist die ideologische Auseinandersetzung

Im Sachsenwerk tauchte verschiedentlich die Meinung auf, daß die freiwilligen Verpflichtungen zum Boykott der feindlichen Rundfunkhetze wertlos seien, da man sie nicht kontrollieren könne. Die Brigade Hempel wies in der Beantwortung dieser Meinung auf die innerhalb der Brigade geführten harten Auseinandersetzungen über das Für und Wider einer Stellungnahme gegen den feindlichen Rundfunk hin. Heute, so sagen die Mitglieder der Brigade Hempel, sei jeder Kollege so überzeugt, daß er keinen Feindsender mehr höre. Mit besonderem Nachdruck betonte Genosse Walzack, daß die Verpflichtung gegen das Abhören des feindlichen Rundfunks eine feste ideologische Überzeugung voraussetzt. „Es nützt nichts“, sagten die Kollegen, „daß jemand eine solche freiwillige Verpflichtung übernimmt, der noch schwankend ist. Jeder, der sich verpflichtet, muß seinen Entschluß vertreten können.“

Diese Worte unterstreichen die Notwendigkeit einer geduldrigen ideologischen Überzeugungsarbeit. Die vorhandenen Verpflichtungen sind trotz ihrer Vielzahl lediglich der Auftakt eines intensiven Kampfes gegen das Abhören der Feindsender. Die Bevölkerung ist noch nicht restlos von der direkt verbrecherischen Tätigkeit des feindlichen Rundfunks überzeugt. Es gibt noch solche falsche Meinungen, wonach der Londoner Sender und die „Stimme Amerikas“ heute genau so wie während des Hitlerkrieges die Wahrheit sagen würden. In solchen Fällen gilt es zu erklären, daß die Hintermänner dieser Sender Hitlers Erbe angetreten haben und deshalb genau so wie Hitler gezwungen sind, durch Lügen den Völkern Sand in die Augen zu streuen. Andere wieder sagen, daß es doch nicht schädlich sei, die Musiksendungen des feindlichen Rundfunks zu hören. Eine Kollegin aus dem Sachsenwerk sagte dazu:

„Aus dem RIAS klingt die Stimme derer, die im Februar 1945 mit ihren Bomben Zehntausende von Dresdnern ermordeten. Von den Mördern Dresdens werde ich mich stets voller Abscheu abwenden, selbst dann, wenn sie sich durch ihre Musik einzuschmeicheln suchen.“

Solche und ähnliche Fragen werden auftauchen, wenn wir gegen die Feindsender auftreten. Unsere Genossen und besonders die Agitatoren werden alle Fragen klären können, wenn sie mit der prinzipiellen Argumentation gegen die feindliche Propaganda vertraut sind und sich nicht auf die Ebene der feindlichen Lügenmeldungen drängen lassen. Die kollektive Ausarbeitung der Argumentation wird den Parteileitungen leichter werden, wenn sie sich ein genaues Bild über die vorhandenen Unklarheiten bei der Bevölkerung machen.

Unsere Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung wird erfolgreicher sein, wenn wir die noch vorhandenen falschen Auffassungen über die Rolle des feindlichen Rundfunks in der Partei energisch bekämpfen. Es gibt heute noch Genossen — beispielsweise in der Abteilung Wickelei des Sachsenwerkes — die den RIAS „der vollständigen Information halber“ hören. Welche „Informationen“ wollen diese Ge-

nossen haben? Wollen sie etwa vom RIAS hören, daß „die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Deutschen Demokratischen Republik zum Nachteil der Bevölkerung“ sei? Warum hören einzelne Genossen zu, wenn sie der RIAS darüber „informiert“⁴, daß „der Viehaufzuchtplan der Deutschen Demokratischen Republik für die Bauern untragbar“ sei? Diesen Genossen muß in offener Aussprache die Schädlichkeit des Objektivismus gezeigt werden, mit dem die niederträchtigen imperialistischen Parolen in die Partei eingeschmuggelt werden sollen. Unsere ideologische Auseinandersetzung über die hinterhältige Rolle der feindlichen Sender muß dazu führen, daß unsere Genossen auch im Kampf gegen die feindliche Lügenhetze Vorbild sind, Selbstverpflichtungen gegen das Abhören des feindlichen Rundfunks abgeben und diese ehrlich einhalten.

Einige Worte zu den demokratischen Massenorganisationen und zur Nationalen Front des demokratischen Deutschlands

Bisher wurde vorwiegend von der Partei gesprochen. Das darf nicht zu der Schlußfolgerung führen, daß die Partei den Kampf gegen das Abhören des feindlichen Rundfunks allein führen müsse. Im Gegenteil, je stärker die Massenorganisationen ihre Überzeugungsarbeit entfalten, desto rascher werden die Massen gegen das Abhören der Hetzsender mobilisiert. Voraussetzung dafür ist, daß in den Leitungen der demokratischen Massenorganisationen über die Bedeutung des Kampfes gegen den feindlichen Rundfunk selbst Klarheit herrscht. Noch ist das nicht immer der Fall. Im Sachsenwerk Niedersiedlitz hat die Gewerkschaft zwar Kurzversammlungen zum Aufruf der Brigade Hempel durchgeführt, aber sie ist genau wie die Leitung der FDJ-Betriebsgruppe über die ideologische Bedeutung dieses Aufrufs völlig hinweggegangen. Weder in der BGL noch in der FDJ-Leitung wurde vorher über den Aufruf diskutiert. In der Lehrwerkstatt hat die FDJ zu diesem brennenden Problem überhaupt noch nicht Stellung genommen. Kein Wunder, daß in der Wickelei Mitglieder der FDJ den Aufruf der Brigade Hempel noch gar nicht kannten.

Diese Versäumnisse liegen nicht nur bei der Parteileitung des Sachsenwerkes, die mit den in den demokratischen Massenorganisationen arbeitenden Genossen die Aufgaben nicht besprochen hatte. Vielmehr ist es eine

Wie können die Partei IV. Parlaments und be

Das IV. Parlament der FDJ mit dem daran anschließenden großen Kultur- und Sportfest der deutschen Jugend ist ein wichtiger Beitrag zum Kampf des deutschen Volkes gegen den Generalkriegsvertrag und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Um die Freie Deutsche Jugend zu befähigen, die vor ihr stehenden großen Aufgaben zu lösen, wie sie sich aus dem Appell des Zentralkomitees der SED „Ruf an die Nation“² insbesondere zur Festigung der Deutschen Demokratischen Republik als Basis im Kampf um einen einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staat ergeben, ist eine gute Vorbereitung des IV. Parlaments und damit eine weitere politisch-ideologische sowie organisatorische Festigung der Massenorganisation der deutschen Jugend notwendig.